

Halling, Steffen; Stewart, Susan

Research Report

Identität und Gewalt in der Ukraine: Gesellschaftliche Entwicklungen seit dem Majdan

SWP-Aktuell, No. 23/2015

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Halling, Steffen; Stewart, Susan (2015) : Identität und Gewalt in der Ukraine: Gesellschaftliche Entwicklungen seit dem Majdan, SWP-Aktuell, No. 23/2015, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255269>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Identität und Gewalt in der Ukraine

Gesellschaftliche Entwicklungen seit dem Majdan

Steffen Halling / Susan Stewart

Die Ukraine durchläuft seit Ausbruch der Majdan-Proteste Ende 2013 einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Dabei sind konsolidierende, aber auch polarisierende Tendenzen zu erkennen. Die »Revolution der Würde« ebenso wie die Verletzung der territorialen Integrität des Landes durch Russland haben deutlich dazu beigetragen, die ukrainische Identität zu stärken. Dies hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördert. Gleichzeitig wurden bestehende Konflikte innerhalb der Gesellschaft durch diese Entwicklungen und die sie begleitenden Gewalterfahrungen noch verschärft. Es bedarf einer nachhaltigen Stabilisierung der Ukraine, um zu verhindern, dass sich die gesellschaftlichen Bruchlinien weiter vertiefen. Für ukrainische wie externe Akteure wird es zu diesem Zweck erforderlich sein, sich mit Wegen ziviler Konfliktbearbeitung und gesellschaftlicher Versöhnungsprozesse auseinanderzusetzen.

Die ukrainische Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht eine andere geworden. Allerdings nehmen die politischen Akteure im Land kaum wahr, welche Implikationen diese Entwicklung hat. Dabei schafft der Wandel nicht nur schwierige Voraussetzungen für die Zeit nach dem Krieg. Er erschwert schon heute den Umgang mit Binnenflüchtlingen und vertieft die Gräben zwischen Donbas und restlicher Ukraine.

Konsolidierung durch den Majdan

Die Majdan-Bewegung hat dafür gesorgt, dass sich in wesentlichen Teilen der ukrainischen Gesellschaft ein Konsens etablierte, was gemeinsame Ziele (etwa effektive Korruptionsbekämpfung) und die Idee von Soli-

darität unter Bürgerinnen und Bürgern angeht. Entscheidend war, dass der Majdan sich eindeutig gegen das damalige Regime von Präsident Wiktor Janukowytsch stellte. Damit traf man den Nerv eines Großteils der ukrainischen Bevölkerung – auch im Osten, wo die Unterstützung für Janukowytsch im Laufe seiner Amtszeit stark gesunken war. Allerdings kamen die meisten Teilnehmer des Majdans entweder aus Kiew selbst oder aus den westlichen und zentralen Regionen der Ukraine. Die Tatsache, dass es im Osten und Süden wesentlich mehr Indifferenz bzw. sogar Opposition dem Majdan gegenüber gab, wurde von dessen Anhängern lange übersehen oder ignoriert. Dies hat dazu beigetragen, dass die sogenannten Separatisten im Donbas

zumindest am Anfang ihrer Aktionen mit einer gewissen Unterstützung der dortigen Bevölkerung rechnen konnten. Auch wurden manche Protestierende im Osten, die sich – was ihre Unzufriedenheit und ihre Vorgehensweise betraf – durchaus in der Tradition des Majdans sahen, von der Kiewer Bewegung selbst eher als Gegner denn als Gleichgesinnte eingestuft.

Aus dem konsolidierenden Moment des Majdans ist eine zivilgesellschaftliche Bewegung hervorgegangen, die heute danach strebt, in der Ukraine statt eines bloßen (und nur partiellen) Elitenwechsels nachhaltige Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System durchzusetzen. Diese Bewegung besteht aus vielen Einzelorganisationen und losen Gruppierungen, die in der Regel erst durch den Majdan entstanden sind. Stellvertretend für viele lässt sich das »Reanimationspaket für Reformen« nennen – ein Zusammenschluss von Personen und NGOs, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Impulse für den Reformprozess zu liefern und die Umsetzung beschlossener Neuerungen zu kontrollieren. Dem Willen zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure, miteinander zu kooperieren, kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Während einzelne Parlamentarier oder Beamte gute Beziehungen zu Vertretern der Zivilgesellschaft pflegen, ist es für viele Politiker und Ministerialangehörige alles andere als selbstverständlich, diese Ebene in den politischen Prozess einzubeziehen. Zudem fällt es den neu entstandenen Gruppen schwer, sich in sinnvoller und effektiver Weise mit ihren Mitstreitern in den Regionen der Ukraine abzustimmen. Erstens müssen die neuen Akteure in der Hauptstadt erst noch lernen, eng zu kooperieren; zweitens sind die zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Regionen wesentlich schwächer. Doch trotz dieser Schwierigkeiten nimmt die Zusammenarbeit zwischen Kiew und den Regionen sowie zwischen einzelnen Regionen stetig zu. Gleichzeitig sitzen einige der bekannteren Aktivisten mittlerweile im ukrainischen Parlament, wo sie versuchen, die Politik »von innen« zu beeinflussen.

Gesellschaftliche Differenzen

Der Majdan hat die ukrainische Gesellschaft allerdings nicht nur konsolidiert, sondern auch einige Differenzen zu Tage gefördert. Von vielen wird er auch heute noch als »Euromajdan« bezeichnet, weil er als Protest gegen Janukowytchs Weigerung begann, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Etliche Majdan-Teilnehmer glauben, dass die Opposition zu Janukowytch und die Unterstützung des EU-Annäherungsprozesses nicht voneinander zu trennen seien, weil die Umsetzung der Werte, welche die EU vertritt, ein Regime wie das von Janukowytch unmöglich machen würde. Doch können nicht alle Gegner des damaligen Regimes diesen Gedankenschritt nachvollziehen. Manche begegneten während der Majdan-Proteste auch der EU mit großer Skepsis.

In der Zwischenzeit sind die Einstellungen zur EU noch komplexer geworden. Zwar hat die Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine seit dem Majdan zugenommen, weil die Alternative – Kooperation mit Russland im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion – durch Moskaus Vorgehen auf der Krim und im Donbas wesentlich unattraktiver, wenn nicht undenkbar geworden ist. Zugleich gab es in der Ukraine aber auch eine wachsende Enttäuschung über die EU, deren Antwort auf Russlands Aggression als zu schwach und zu zögerlich wahrgenommen wurde. Dies betrifft insbesondere den militärischen Aspekt. Denn die Logik vieler Ukrainer ist: Wenn im Westen festgestellt wird, dass der Konflikt über die Ukraine hinausgeht und die gesamteuropäische Sicherheit berührt, müssten westliche Staaten auch bereit sein, sich an der militärischen Auseinandersetzung zu beteiligen – wenn nicht direkt, dann zumindest durch Lieferung von Verteidigungswaffen. Dabei sitzt der Verdacht tief, die EU und vor allem Deutschland könnten sich auf einen Deal mit Russland einlassen, der zu Lasten der Ukraine geht.

Ein zweites polarisierendes Element des Majdans ist geschichtspolitischer Natur. Bei den Kiewer Protesten fanden sich zahlrei-

che Verfechter der historischen Sichtweise, dass die sowjetische Herrschaft ausschließlich negativ zu beurteilen sei. Zum Symbol dieses – vor allem im Westen der Ukraine verbreiteten – Geschichtsbildes wurde ein großes Plakat mit dem Porträt Stepan Banderas, das bis zum Ende der aktiven Phase des Majdans an prominenter Stelle errichtet war. Der Nationalist und Partisan Bandera (1909–1959) wird in der Westukraine traditionell als Unabhängigkeitskämpfer und Volksheld gefeiert, in den östlichen und südlichen Landesteilen dagegen als Vaterlandsverräter und Nazi-Kollaborateur verteufelt. Bei manchen Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine hat sich der Eindruck festgesetzt, der Majdan sei eine Ansammlung von »Bandera-Anhängern« gewesen – ein Bild, das auch von Russlands Medien eifrig bedient wird. Diese Wahrnehmung wirkt polarisierend und erschwert eine Versöhnung zwischen Teilen der Bevölkerung im Osten und der restlichen Gesellschaft. Unterschiedliche Sichtweisen auf die sowjetische Vergangenheit finden sich aber auch innerhalb der Ostukraine; dies zeigt etwa die Kontroverse um den Sturz des Lenin-Denkmal in Charkiw von September 2014.

Zunahme der Gewaltkultur

Die Proteste auf dem Majdan begannen friedlich. Doch nachdem die Spezialeinheit Berkut Ende November 2013 Demonstranten angegriffen hatte, wurde auf beiden Seiten der Barrikade zunehmend Gewalt eingesetzt. Dass sich manche Majdan-Anhänger an Ausschreitungen beteiligten, hat eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die gesellschaftlich bislang nicht verarbeitet sind. Sie betreffen den Mythos der Ukrainer als friedliches Volk ebenso wie die Legitimität von Gewalt als Mittel zur Konfliktaustragung.

Die freiwilligen Sicherheitsdienste auf dem Majdan – viele mit militärischem Hintergrund – trugen dazu bei, den Protest straff zu organisieren und praktische Alltagsprobleme der auf engem Raum aushar-

renden Demonstranten zu lösen. Zugleich stellten nur wenige Majdan-Anhänger die Anwendung von Gewalt durch die eigene Seite in Frage, nachdem zunächst die Regierungstruppen gewalttätig geworden waren. Doch letztlich haben die Ereignisse auf dem Majdan einer Gewaltkultur Vorschub geleistet, die es etwa begünstigte, dass Freiwilligen-Bataillone außerhalb der regulären Kommandostruktur von Innen- bzw. Verteidigungsministerium entstanden. Ein Indiz für die um sich greifende Verrohung ist die »Mülltonnenjustiz« – Protestierende vollziehen dabei eine Art informeller Lusttation, indem sie unliebsame Politiker oder Beamte in Abfallcontainer werfen. Solche Phänomene erhöhen die Akzeptanz von Gewalt in der Gesellschaft und erschweren es, zu einer friedlichen Normalität zurückzukehren. Sie stehen einem Versöhnungsprozess auch deshalb im Weg, weil sie den Verdacht schüren, Teile der ukrainischen Gesellschaft stünden der Bevölkerung des Donbas generell feindselig gegenüber.

Ende 2014 kam es zu teils gewaltsamen Protesten in den Gebietshauptstädten Saporischschja und Winnyzja. Dahinter stand offenbar eine Symbiose aus profilierungswilligen politischen Kräften – der Radikalen Partei bzw. der Svoboda-Partei – und Demonstranten, die den Eindruck hatten, dass die Ergebnisse des Majdans ihre Regionen noch nicht erreicht haben, vor allem auf Ebene der Kader. Durch die gewaltsamen Elemente der Kiewer Bewegung haben sich deren Anhänger an die Idee gewöhnt, Gewalt könne ein legitimes Mittel des Protests sein. Hinzu kommt, dass die ukrainische Bevölkerung im eigenen Land täglich mit Gewalt konfrontiert ist. Für manche geschieht dies unmittelbar im Kampfgebiet der Ostukraine, während andere mit den Folgen des Krieges in Form von Binnenflüchtlingen, heimkehrenden Soldaten oder Medienberichten zurechtkommen müssen.

Die heutigen Entwicklungen lassen erkennen, dass die ukrainische Gesellschaft (einschließlich der Elite) in den 24 Jahren

seit Unabhängigkeit des Landes nicht gelernt hat, mit Konflikten produktiv umzugehen und sie durch nachhaltige Kompromisse zu lösen. Daher besteht die Gefahr, dass Teile der Gesellschaft sich auch in Zukunft an den zahlreichen Beispielen des Jahres 2014 orientieren werden, als man Gewalt einsetzte, um Konflikte auszutragen. Dies droht vor allem dann, wenn grundlegende Wirtschafts- und Sozialreformen nicht verwirklicht werden bzw. ihre Umsetzung dazu führt, dass sich die Lage der Bevölkerung erheblich verschlechtert. Gerade wenn die Elite unter den Reformen nicht zu leiden hat oder gar von ihnen profitiert, ist das Risiko gewaltsamer Proteste groß.

Zugleich gibt es nur wenige Akteure in der Ukraine, die der Gewaltkultur etwas entgegensetzen könnten. Zwar wächst das Bewusstsein für die Problematik, etwa im Kirchenmilieu. Die wenigen Ansätze für Gegenmaßnahmen kommen bislang aber fast ausschließlich aus der Zivilgesellschaft. Diese ist bereits mit anderen Großaufgaben überfordert – die Armee des Landes zu unterstützen, Binnenflüchtlinge zu versorgen und Reformen voranzutreiben; gerade im Umgang mit Flüchtlingen hat sie einige Funktionen des Staates schon weitgehend übernommen. Die staatliche Ebene ist in aller Regel nicht in der Lage, die Folgen der Gewalt für die Gesellschaft abzuschätzen und geeignete Schritte einzuleiten, etwa mit Angeboten für eine kostenlose psychologische Betreuung. Es mangelt an Akteuren, die die notwendigen Ressourcen mitbringen, um eine Aufarbeitung erlebter oder ausgeübter Gewalt zu fördern.

Identität und Patriotismus

Elemente gesellschaftlicher Konsolidierung zeigen sich auch im Zusammenhang mit der unmittelbaren Verletzung der territorialen Integrität des Landes. Deutlicher Indikator dafür ist die zu beobachtende Stärkung einer ukrainischen Identität, deren primärer Bezugspunkt die Souveränität des Nationalstaats bildet. Umfragen zeigen, dass die emotionale Verbunden-

heit der ukrainischen Bevölkerung mit der eigenen Nation im Zuge der Ereignisse von 2014 stark zugenommen hat. Hier kann durchaus von einer Beschleunigung des ukrainischen Nationsbildungsprozesses gesprochen werden. Zwar sind pro-ukrainische Einstellungen in den westlichen, zentralen und nördlichen Landesteilen weiter verbreitet als in den östlichen und südlichen. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass sich die Mehrheit der Ukrainer in allen Regionen mit dem ukrainischen Staat identifiziert und dessen Unabhängigkeit befürwortet. Der deutlichste Zuwachs an pro-ukrainischen Haltungen ist dabei gerade in den östlichen Landesteilen festzustellen, wo sich gegenwärtig mehr als zwei Drittel der Bevölkerung zugunsten der ukrainischen Staatlichkeit aussprechen.

Dies macht deutlich, dass regionale Unterschiede im Lauf der Krise insgesamt an Bedeutung verloren haben und die ukrainische Gesellschaft trotz ihrer regionalen Besonderheiten heute geeinter ist als zuvor. Dabei spielt es auch eine untergeordnete Rolle, ob die jeweilige Bevölkerung als Vorzugssprache Ukrainisch oder Russisch verwendet. Dieser neu entstandene gesellschaftliche Konsens geht einher mit wachsender Zustimmung zur europäischen Integration des Landes. Dagegen ist die Unterstützung für einen Beitritt zur Eurasischen Zollunion in den letzten Monaten kontinuierlich gesunken. Vor Beginn der Majdan-Proteste im November 2013 sprachen sich 41 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine aus, 38 Prozent wiederum für einen Beitritt zu der von Russland geführten Zollunion. Im November 2014 waren es dann 64 Prozent, die der EU den Vorzug gaben, während nur noch 17 Prozent für die Zollunion plädierten.

Dass nationale Identität und Patriotismus im Land insgesamt gewachsen sind, steht allerdings einer Entwicklung entgegen, die vor allem in der Region von Donezk und Luhansk – also den direkt von Kriegshandlungen betroffenen Landesteilen – zu beobachten ist. Im Donbas ist das regionale Selbstverständnis der Bevölkerung beson-

ders stark ausgeprägt. Es gründet dabei primär auf sozialen Identitäten; ethnische oder nationalstaatliche Kategorien dagegen hatten hier in der Vergangenheit nur nachrangige Bedeutung. Dementsprechend war auch die Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit in der Bevölkerung dieser Region stets sehr viel weniger verwurzelt. Zwar hat die Ablehnung des ukrainischen Staates zuletzt auch hier abgenommen, vor allem im Zuge der Ereignisse von 2014. Gleichzeitig stieg jedoch auch der Anteil derjenigen deutlich, die sich weder für noch gegen die Unabhängigkeit der Ukraine aussprechen. Schon zuvor hatte die Bevölkerung des Donbas ein ambivalentes Verhältnis zum ukrainischen Nationalstaat. Letzte belastbare Umfragen vom Sommer 2014 zeigen, dass in der Region nunmehr etwa je ein Drittel die ukrainische Staatlichkeit explizit befürwortet, ablehnt oder sich neutral bzw. unentschlossen dazu verhält. Gleichzeitig ist der Donbas die einzige Region der Ukraine, in der eine relative Mehrheit der Bevölkerung (45 Prozent) außenpolitisch die von Russland geführte Zollunion bevorzugt.

An sich ist es nicht neu, dass im Donbas divergierende Einstellungen zu grundsätzlichen Fragen der ukrainischen Staatlichkeit bestehen. Vor allem in den vergangenen zehn Jahren wurde erkennbar, dass vermeintliche regionale und ethnisch-kulturelle Unterschiede politisch immer stärker instrumentalisiert wurden. Bis dahin fremd jedoch waren der Bevölkerung gewaltsame Auseinandersetzungen, wie sie sich in Donezk bereits im März 2014 zwischen »pro-russischen« und »pro-ukrainischen« Demonstranten zutrugen. Auch wenn vor allem Russland für die seither eingetretene Eskalation verantwortlich ist, sah sich insbesondere die Bevölkerung des Donbas zuletzt einer deutlichen gesellschaftlichen Polarisierung ausgesetzt, die der von außen hereingetragenen Propaganda und Desinformation einen fruchtbaren Nährboden bereitet hat und durch diese wiederum verstärkt wurde. Das nach dem Majdan sichtbar gewordene Konfron-

tationspotential, das sich primär entlang ideologischer Abgrenzungen formiert, hat im Zuge der Kampfhandlungen unweigerlich zugenommen.

Andere Regionen sind von gesellschaftlicher Polarisierung dieser Art bislang weniger stark betroffen. Allerdings zeigte sich 2014 auch in Städten wie Odessa oder Charkiw, dass unterschiedliche politische Ansichten nicht nur Konflikt-, sondern auch Gewaltpotential in sich bergen. Wiederholt wurden die beiden Regionen von terroristischen Anschlägen heimgesucht; zuletzt kam es in Charkiw bei einer Gedenkveranstaltung für die Majdan-Revolution zu einem Attentat. Auch diese Landesteile bleiben anfällig für politische Subversion und Instrumentalisierung.

Der Krieg und seine Folgen

Die von der ukrainischen Regierung seit Mai 2014 durchgeführte »Anti-Terror-Operation« (ATO) stößt in der Bevölkerung bislang auf ein heterogenes Echo. Im Sommer 2014 plädierte eine Mehrheit von 54 Prozent dafür, die Operation zu beenden und den Konflikt durch Dialog und Kompromisse zu lösen, während sich 34 Prozent für eine Fortsetzung der ATO aussprachen. Im Lauf des Herbstes nahm die Verständigungsbereitschaft jedoch ab, nachdem Versuche, eine Waffenruhe zu verwirklichen, gescheitert waren und die von Moskau unterstützten Separatisten zugleich Territorialgewinne erzielt hatten. Während im Oktober noch 53 Prozent forderten, eine Waffenruhe mit den Führern der selbsternannten »Volksrepubliken« zu vereinbaren, waren es im November nur noch 43 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil derer, die sich für einen Abbruch der Friedensverhandlungen aussprachen, zwischen Oktober und November von 22 auf 36 Prozent.

Wo es öffentliche Kritik und vereinzelte Protestdemonstrationen gab, waren sie nicht gegen die militärischen Maßnahmen als solche gerichtet. Vielmehr wurde der politischen Führung mangelndes Leistungsvermögen vorgeworfen, etwa bei Schutz

und Ausrüstung der eigenen Wehrpflichtigen und Freiwilligen. Was die Haltung zum Militäreinsatz angeht, lassen Umfragen gleichzeitig regionale Unterschiede erkennen – je näher am Kriegsgebiet, desto größer die Ablehnung militärischer Mittel und die Bereitschaft zum Dialog. Allerdings werden die selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk in der Bevölkerung nicht als authentische Interessenvertretung der dort lebenden Menschen betrachtet, sondern als Resultat der Aggression Russlands. Vor allem aus dieser Wahrnehmung speist sich der grundsätzliche Zuspruch, den das Handeln der ukrainischen Regierung in der Gesellschaft bisher erfahren hat.

Tatsächlich zeigte sich, dass bewaffnete Separatisten in den betroffenen Regionen bislang nur in geringem Umfang aktive Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten. Wo sich die Menschen im Mai 2014 an den sogenannten Abstimmungen in Teilen des Donbas über eine Unabhängigkeit von der Ukraine beteiligten, war dies vor allem als Protest dagegen zu verstehen, dass man die Interessen der Regionen von der Majdan-Bewegung nicht ausreichend berücksichtigt sah. Dabei wurden allerdings keine konkreten Forderungen formuliert. Vielmehr artikulierten hier Teile der Bevölkerung im Donbas ihre generelle Unzufriedenheit mit einer sozioökonomischen Situation, die über Jahre hinweg entstanden war. Überdies wurden durch russische Propaganda und anderweitige Einflussnahme massiv Ängste vor angeblichen Rechts-extremisten geschürt.

Durch die anhaltenden Kampfhandlungen jedoch, bei denen zivile Opfer von beiden Seiten in Kauf genommen werden, hat sich im Donbas unweigerlich ein Misstrauen verfestigt, das gegenüber Kiew und vermeintlich radikalen pro-ukrainischen Haltungen schon zuvor bestanden hatte. Während der Militäreinsatz beim Großteil der ukrainischen Bevölkerung in dem Sinne verstanden wird, dass er dem Widerstand gegen russische »Terroristen« dient, können ihn die Bewohner der direkt be-

troffenen Regionen in diametral entgegengesetzter Weise deuten. Die Wahrnehmung der Bevölkerung in dem von Separatisten kontrollierten Gebiet ist vor allem dadurch bestimmt, dass sie seit Monaten ausschließlich (pro-) russischer Propaganda ausgesetzt ist. Dabei sind die Beziehungen zwischen einzelnen Teilen der ukrainischen Gesellschaft schwerwiegend belastet worden – durch eigene Gewalterfahrungen, die propagandistische Instrumentalisierung ziviler Opfer und den öffentlich zur Schau gestellten Einsatz von Folter gegen Kriegsgefangene.

Zu problematisieren sind in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen wie der Zahlungsstopp bei Sozialleistungen und die Einführung eines Passierschein-Regimes, mit dem Kiew verhindern will, dass weiter separatistische Kräfte in die Ukraine einsickern. Während sich die entsprechenden Checkpoints zunächst noch ohne größere Probleme passieren ließen – vor allem zur Beschaffung von Bargeld sowie zur Auszahlung von Renten –, war es für die Bevölkerung der von Separatisten kontrollierten Gebiete in den letzten Wochen nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich, die Region zu verlassen. Dadurch wird auch der bestehende Frontverlauf als faktische Grenze zementiert. Zugleich waren in der Ukraine angesichts einer wachsenden Kriegsmüdigkeit jüngst vermehrt Stimmen zu hören, die eine Abstoßung der umkämpften Region fordern.

Die enormen Bewegungen an Binnenflüchtlingen bilden ein weiteres Element, das den sozialen Zusammenhalt im Land belastet. Vor allem die Zahl der Flüchtlinge aus den umkämpften östlichen Regionen hat mit der Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen stetig zugenommen. Neben etwa 20 000 Menschen von der Krim wurden bis Ende Februar 2015 über eine Million Binnenflüchtlinge registriert, die ihre Heimat im Donbas verlassen haben. Die meisten von ihnen halten sich derzeit in jenen Gebieten der Region auf, die unter ukrainischer Kontrolle sind, in den direkt an den Donbas angrenzenden Landesteilen

(Charkiw, Dnipropetrowsk, Saporischschja), in der Region Odessa oder in der Hauptstadt Kiew. Vor allem während der kalten Jahreszeit bedeutet es eine kaum zu lösende Aufgabe, die Menschen in angemessenen Quartieren unterzubringen. Da sich viele der Geflohenen nicht registrieren lassen, geht das UN-Flüchtlingskommissariat davon aus, dass ihre tatsächliche Zahl noch höher ist.

Bislang handelt es sich vorrangig um Menschen, die vorübergehend Schutz vor den Gefahren des Krieges suchen. Daher ist von einer insgesamt hohen Bereitschaft zur Rückkehr auszugehen. Kampfhandlungen oder fortdauernde Instabilität der Region dürften eine baldige Rückkehr in den meisten Fällen jedoch unmöglich machen. Angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage im Land drohen daher Nutzungs- und Ressourcenkonflikte, etwa bei Wohnraum oder Sozialleistungen. Ferner könnten Menschen stigmatisiert werden, die sich wegen ihrer Herkunft aus dem Donbas dem Vorwurf mangelnden Patriotismus oder einer (zumindest passiven) Unterstützung des Separatismus ausgesetzt sehen. Vor allem in jenen Regionen der Ukraine, die besonders viele Binnenflüchtlinge aufnehmen, werden sich daraus möglicherweise politische Konflikte ergeben. In diesem Zusammenhang dürfte sich auch die Frage stellen, wie eine aktive oder passive Unterstützung des militarisierten Separatismus juristisch und mehr noch gesellschaftspolitisch aufgearbeitet werden kann – eine Problematik, die den sozialen Zusammenhalt des Landes insgesamt betrifft und damit über die direkt von Kampfhandlungen betroffenen Regionen hinaus zu klären ist.

Gesellschaft wahrnehmen!

Es waren Aktivisten aus der ukrainischen Gesellschaft, die im November 2013 die Majdan-Bewegung ausgelöst haben. Organisierte Teile der Gesellschaft tragen heute entscheidend dazu bei, dass die ukrainische Armee die nötige Ausrüstung erhält und

eine stetig wachsende Zahl an Binnenflüchtlingen versorgt wird. Und durch ihr künftiges Verhalten dürfte die Gesellschaft mit darüber bestimmen, ob die Ukraine sich erfolgreich reformiert.

Dennoch wird die Rolle der ukrainischen Gesellschaft oft vernachlässigt, nicht nur von der Elite des Landes, sondern auch von externen Akteuren. Dabei könnte eine stärkere Berücksichtigung gesellschaftlicher Positionen helfen, mit realistischen Erwartungen und Forderungen an die Kiewer Regierung heranzutreten. Solche vertieften Einblicke würden es Deutschland und der EU auch erleichtern, Verbündete innerhalb der ukrainischen (Zivil-) Gesellschaft zu identifizieren, die den Reformprozess mit vorantreiben können. Auf diese Weise ließen sich die Chancen und Gefahren besser erkennen, die in den kommenden Monaten die Entwicklung der Ukraine beeinflussen werden.

Anerkennung für das Potential der ukrainischen Zivilgesellschaft und der Wunsch, diese stärker zu fördern, sind im deutschen Kontext durchaus vorhanden. Der beste Beweis dafür sind die Sondermittel des Bundestages für Projekte deutscher Träger, die mit ukrainischen Partnern – oder solchen aus anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft – auf (zivil-) gesellschaftlicher Ebene durchgeführt werden. Vom Auswärtigen Amt verwaltet, wurden diese Mittel von 5 Millionen Euro (2014) auf 14 Millionen Euro für 2015 aufgestockt.

Die Sondermittel sind unter anderem geeignet, um Projekte in den Bereichen zivile Konfliktbearbeitung und gesellschaftliche Versöhnung zu fördern. Da sie aber sehr kurzfristig angelegt sind, fehlt ihnen ein glaubwürdiger Nachhaltigkeitsaspekt. Von daher wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie diese Mittel mit anderen, längerfristigen Finanzierungsquellen verknüpft werden können. Denn Projekte, die auf gesellschaftliche Aussöhnung hinarbeiten, müssen mittel- bis langfristig konzipiert werden, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Genauso wie auf den Feldern Politik und Wirtschaft hat die Ukraine in den letzten beiden Jahrzehnten vieles versäumt, was das Zusammenwachsen der Gesellschaft betrifft. Durch den Majdan und die Ereignisse auf der Krim und im Donbas sind nun vielfältige Änderungsprozesse in der Gesellschaft ausgelöst bzw. beschleunigt worden. Diese haben zwar zur Konsolidierung einer ukrainischen Identität beigetragen, gleichzeitig aber auch bestehende Bruchlinien zwischen Donbas und anderen Teilen des Landes vertieft. Außerdem ist Gewalt als Konfliktaustragungsmittel zumindest gewöhnlicher, wenn nicht akzeptierter geworden.

Der Umgang mit diesen Problemen in den nächsten Monaten und Jahren wird wesentlich über Stärke oder Schwäche des ukrainischen Staates entscheiden. Wichtig ist, dass politische Akteure im Land für diese Fragen sensibilisiert werden. Dazu können ihre Gesprächspartner in Deutschland und der EU einen Beitrag leisten. Genauso bedeutend ist es, die kleine, aber wachsende Zahl (zivil-) gesellschaftlicher Akteure in der Ukraine, die sich mit Prozessen der Konfliktbearbeitung und Versöhnung beschäftigen, zu ermutigen und konkret zu unterstützen. Die Form der Hilfe wird sich allerdings von Fall zu Fall unterscheiden und zwischen den beteiligten Akteuren wohl immer wieder neu vereinbart werden müssen. Dies macht die Bewältigung solcher Fragen zu einer großen, aber lohnenden Herausforderung, bei der das Zusammenspiel zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren von entscheidender Bedeutung sein wird.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364